
Verbände im intermediären System der Interessenvermittlung und Willensbildung

2

Es gehört zu den Gemeinplätzen der Politikwissenschaft, dass moderne repräsentative Demokratien einer Vernetzung zwischen dem politisch-administrativen Entscheidungssystem und einer politisch pluralen, sozial heterogenen, funktional in Subsysteme ausdifferenzierten Gesellschaft und damit hochkomplexer Kommunikationsprozesse in einem intermediären System der Interessenvermittlung bedürfen (vgl. Rucht 2007)¹. Erstens braucht die kollektiv verbindliche Regelsetzung in den staatlichen Institutionen aus funktionalistischer Perspektive eine über nicht-staatliche Akteure vermittelte Komplexitätsreduktion, um die Vielfalt politischer Probleme und Interessen wahrnehmen, bearbeiten und effektiv politisch steuern zu können. Politische Entscheidungsträger sind abhängig von einer Vielzahl von *Inputs* gesellschaftlicher Akteure in den politischen Entscheidungsprozess, die etwa in Informationen über dringliche, politischer Bearbeitung bedürftiger Problemlagen; in Vorschlägen für Lösungsmöglichkeiten; im Einbringen von Expertise durch in die Alltagsroutinen eingebundene Akteure oder im Aufdecken möglicher Konfliktpotenziale für die Politikimplementierung bestehen können.

Zweitens sind repräsentative Demokratien normativ auf die Rückbindung staatlicher Politikentscheidung an den Willen des Souveräns angewiesen, um die Legitimation politischer Institutionen, Akteure und Entscheidungen zu gewährleisten. Wahlen sind dabei notwendiges, aber längst nicht mehr hinreichendes Mittel. Hinzukommen müssen Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger sowie ein öffentlicher Diskurs über Politik, der eine „kommunikative Legitimation von Herrschaft“ (Franz 2000, p. 12) möglich macht. Vor dem Hintergrund von Bildungsexpansion, Wertewandel und neuen Partizipationsinteressen der Bevölke-

¹ Da es sich bei den vorliegenden Ausführungen um einen Überblicksartikel handelt, wird hier Verband als übergreifender Begriff und synonym mit Interessengruppen gebraucht. Unterschiede, die sich aus der empirischen Vielfalt von Verbänden, Verbandstypen und ihren Tätigkeitsfeldern ergeben, können nicht systematisch berücksichtigt werden (vgl. dazu im Überblick Rudzio 2006, pp. 57–65).

rung sind die Anforderungen an die Responsivität des Politischen Systems, also seine Offenheit für Wünsche, Erwartungen, materielle und Mitgestaltungsinteressen der Bürgerinnen und Bürger, erheblich gestiegen.

Die strukturelle Verkoppelung von Politischem System und Gesellschaft erfolgt in einem komplexen Kommunikations- und Interaktionssystem, das als intermediäres System, also eine Zwischensphäre zwischen Bürgerschaft, sozialen Gruppen auf der einen und dem politisch-administrativen System auf der anderen Seite, begrifflich gefasst ist. Hier werden gesellschaftliche Interessen heterogener Gruppen formuliert und mit Gegeninteressen konfrontiert, es werden Situationsdeutungen, Problemdefinitionen ausgehandelt, Interessenkonstellationen bzw. Konsens- und Konfliktlagen verhandelt – und damit politische Entscheidungen der politischen Institutionen *vorbereitet* und durch die Diskussion und Bewertung der Ergebnisse, die Kontrolle der politischen Entscheidungsträger auch *nachbereitet*. Es handelt sich um Prozesse der Politikvermittlung und Willensbildung *bottom up* von der Bürgerschaft zu den politischen Entscheidungsträgern und von den politischen Institutionen *top down* zurück in die Gesellschaft.

Daran sind verschiedene intermediäre Akteure – mit der gleichen Aufgabe, aber mit unterschiedlichen Strukturen und Instrumenten – beteiligt: die Verbände als Repräsentanten spezifischer ideeller oder materieller Gruppeninteressen, die diese im politischen Entscheidungsprozess durchsetzen wollen; die Parteien als Agenturen des politischen Machterwerbs und die nur lose verkoppelten sozialen Bewegungen, die neben spezifischen Interessen auch neue Lebensformen durchsetzen wollen. Die Massenmedien sind nicht nur Interessenvertreter in eigenen (mediopolitischen) Belangen, sondern vor allem ein öffentliches Forum „der Selbstbeobachtung und Selbstkommentierung der Gesellschaft“ (Rucht 2007, 20 ff.). Die Kernfunktion der Medien besteht darin, Öffentlichkeit herzustellen (Bergsdorf 1980), also dazu beizutragen, dass über Politik informiert wird, über politische Themen vor einem breiten Publikum diskutiert wird. Dazu gehört auch, über politische Akteure und ihre Positionen, also auch über Verbände und ihre Belange, zu berichten. Medien leisten es, die „komplexe Gischt der Meinungsflut, die der Politik vom Publikum entgegenbrandet, auf jene Beiträge und Themen zu konzentrieren, die hinreichend viel Aufmerksamkeit verdienen“ (Rhombert 2009, p. 26).

Interessenvermittlung durch Verbände ist dabei ein mehrstufiger Prozess, in dem Verbände erstens in organisationsinternen Willensbildungsprozessen Interessen und Positionen ihrer Mitglieder und sozialen Basis auswählen, zu einheitlichen Forderungsprogrammen und politischen Strategien bündeln (*Funktion der Interessenaggregation und -selektion*). Diese werden zweitens gegenüber anderen kollektiven nichtstaatlichen und staatlichen Akteuren formuliert, gerechtfertigt, in Verhandlungen, institutionellen Verfahren und in der Öffentlichkeit repräsentiert,

mit dem Ziel, die Gesetzgebung staatlicher Institutionen zu beeinflussen (*Funktionen der Interessenartikulation und -repräsentation*) oder selbst allgemeingültige Regeln – etwa als private Gesetzgeber in der Tarifautonomie oder im europäischen Sozialdialog (Keller 2008) – aufzustellen (*Regulierungsfunktion*). Umgekehrt wird drittens die staatliche (sowie die „private“) Regelsetzung bewertet, diskutiert und in der Mitgliedschaft legitimiert (*Funktion der Legitimation*; vgl. zu den Verbandsfunktionen u. a. Sebaldt und Straßner 2004, pp. 59–71; Rudzio 2006, p. 55 ff.; Straßner 2010).



<http://www.springer.com/978-3-658-03870-0>

Verbände zwischen Öffentlichkeit, Medien und Politik

Koch-Baumgarten, S.

2014, VII, 32 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-03870-0